

Iran

Daniela Sepehri

Die Geschichte der Islamischen Republik Iran besteht auch aus einem jahrzehntelangen Kampf gegen die Unterdrückung, der von der Welt bislang ignoriert wurde. Eine Geschichte des Mutes, der Hoffnung und des Widerstands. Die Bundesregierung sollte daraus lernen.

Volle Gefängnisse, immer mehr Hinrichtungen und eine kollaborierende Bundespolitik

Frau Leben Freiheit – der Ruf der Frauen in Iran nach Selbstbestimmung, Freiheit und Demokratie hallte in der Welt. Doch der Freiheitskampf der Bevölkerung fing nicht erst mit der Ermordung der jungen Kurdin Jina Mahsa Amini im September 2022 an.

Bereits drei Wochen nach Ausrufung der Islamischen Republik im Jahr 1979 standen die Frauen Irans am feministischen Kampftag, dem 8. März, auf den Straßen und haben gerufen: Freiheit ist weder westlich, noch östlich, sondern universell. Sie protestieren schon damals gegen die Einschränkung ihrer Rechte.

Vom Protest zum Aufstand

Im Jahr 1999 protestieren Studierende gegen die Schließung einer Zeitung – die bis dato blutigsten Proteste in der Geschichte der Islamischen Republik. Im Jahr 2009 folgte die Grüne Bewegung – die den traurigen Rekord der blutigsten Proteste der Geschichte der Islamischen Republik Iran schlugen. Wir beobachteten ab 2017 Proteste der Arbeiterschaft und der sogenannten Unterschicht, ausgelöst durch höhere Lebensmittel- oder Treibstoffpreise.

Diese Proteste wandelten sich jedoch sehr schnell gegen das Regime als solches. „Nieder mit der Islamischen Republik“, hörte man quer durch das Land. Und auch der Kampf gegen die Zwangsverschleierung fing nicht „erst“ im September 2022 an. 2017 stieg Vida Mahaveb in Teherans Enghelab-Straße auf einen Stromkasten und hielt ihr Kopftuch an einen Stock gebunden. Sie wurde festgenommen, doch viele Frauen taten es ihr nach. Noch im Sommer 2022, wenige Wochen vor der Ermordung von Jina Mahsa Amini, wurde Sepideh Rashno

festgenommen, die im Bus kein Kopftuch trug und von einer Agentin des Regimes gefilmt wurde. Mit blauen Flecken im Gesicht musste sie sich im Staatsfernsehen entschuldigen.

Die Ermordung von Jina Mahsa Amini war der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. An ihrem Grab in der kurdischen Stadt Saqqez rissen sich die Frauen das Kopftuch vom Kopf und riefen „Jin Jiyān Azadi“, „Frau Leben Freiheit“, auf kurdisch. Der Ruf ging durch das ganze Land. Unter-, Mittel- und Oberschicht gingen auf die Straße, Prominente, Schüler*innen, Arbeiter*innen – schichtenübergreifend waren Menschen zu Tausenden auf den Straßen, in kleinen und großen Städten. Sie alle einte eines: der Wunsch nach Freiheit, der Wunsch nach dem Sturz des unterdrückenden Regimes.

Hunderte Tote, zehntausende Inhaftierungen, immer mehr Hinrichtungen

Doch dieses Regime reagierte brutal: Hunderte Tote, zehntausende Inhaftierungen, mindestens zehn Hinrichtungen im direkten Zusammenhang mit den „Frau Leben Freiheit“-Protesten. In den Gefängnissen werden politische Gefangene systematisch gefoltert, vergewaltigt, zu falschen Zwangsgeständnissen erpresst. Familienangehörige derer, die bei den Protesten getötet oder in den Gefängnissen hingerichtet wurden, werden für ihre Trauer kriminalisiert, festgenommen, zu langen Haftstrafen verurteilt.

Vor allem Angehörige marginalisierter Gruppen, wie Kurd*innen und Belutsch*innen, die ohnehin schon Kriminalisierung und Verfolgung ausgesetzt sind, wurden willkürlich verhaftet und getötet. Politische Gefangene werden

durch Scheinprozesse gejagt, haben in den meisten Fällen kein Recht auf einen eigenen Anwalt, Beweise gegen die haltlosen Anschuldigungen wie "Krieg gegen Gott" und "Korruption auf Erden" gibt es nie.

Sobald die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft Anfang des Jahres 2023 nachließ, fing das Morden in den Gefängnissen erst richtig an: Mit mehr als 850 Hinrichtungen im Jahr 2023 exekutierte das Regime mehr Menschen wie seit 2015 nicht mehr. Mindestens sechs dieser Hinrichtungen waren öffentlich, darunter zwei afghanische Hilfsarbeiter, die aus Afghanistan nach Iran geflüchtet sind: Mohammad Ramez Rashidi und Naeim Hashem Ghotali.

Seit 2023 wütet eine Hinrichtungswelle, die nicht nachlässt. Im Gegenteil: In den ersten acht Monaten des Jahres 2024 wurden bereits mehr als 400 Menschen hingerichtet, darunter mindestens 15 Frauen. Beunruhigend ist, dass die Zahl von Hinrichtungen von Frauen weiter zunimmt. Erstmals seit vielen Jahren werden auch wieder weibliche politische Gefangene zum Tode verurteilt, wie die Arbeiteraktivistin Sharifeh Mohammadi und die kurdische Sozialarbeiterin Pakhsan Azizi. Mindestens zwei weiteren weiblichen politischen Gefangenen droht dasselbe Urteil: der kurdischen Aktivistin Varishe Moradi sowie der "Frau Leben Freiheit"-Protestierenden Nasim Gholami Simyari.

Mit dem Konflikt mit Israel eskaliert auch die Gewalt nach innen

Doch trotz der Repressionen lebt der Widerstand weiter. Jede Frau, die ohne das Zwangshijab auf die Straße geht und damit das System in seinem Fundament hinterfragt, begeht einen revolutionären Akt – und riskiert ihr Leben. Denn die Sittenpolizei ist nach wie vor auf den Straßen Irans unterwegs und nimmt brutal jede Frau mit, die sich angeblich nicht angemessen gekleidet hat.

Seit dem Angriff des Regimes auf Israel im April 2024 hat diese Gewalt sogar weiter zugenommen. Jedes Mal, wenn das Regime außenpolitisch weiter eskaliert, nimmt der Krieg gegen die eigene Bevölkerung, allen voran gegen die Frauen im Inland weiter zu. Die zwei Säulen des Regimes, die Auslöschung Israels und Gender Apartheid, sind eng miteinander verknüpft.

Endlich Schutz für Geflüchtete aus dem Iran!

Zum zweiten Jahrestag der Ermordung von Jina Mahsa Amini und angesichts der anhaltenden blutigen Unterdrückung fordert PRO ASYL am 16.09.2024 einen bundesweiten Abschiebestopp in den Iran und die Anerkennung der Schutzbedürftigkeit in den Asylverfahren.

Auf die Festnahme und Ermordung von Jina Mahsa Amini wegen dem Vorwurf einer nicht vorschriftgemäßen Verschleierung folgte im Iran im Herbst 2022 eine große Protestwelle gegen das Mullah-Regime. Die bis heute andauernde Bewegung "Frau, Leben, Freiheit" wurde ein Symbol für den Widerstand gegen Unterdrückung. Politiker*innen weltweit, auch in Deutschland, äußerten sich solidarisch mit der Demokratiebewegung im Iran. Doch schlägt sich das kaum in der Anerkennung der Schutzbedürftigkeit der Verfolgten des Regimes nieder.

"In den Sonntagsreden hören wir große Solidaritätsbekundungen mit den mutigen Menschen im Iran – und schaffen es nicht einmal einen Abschiebestopp zu beschließen. Das ist eine Farce", sagt Tareq Alaows, flüchtlingspolitischer Sprecher von PRO ASYL.

"Echte Solidarität mit Menschen aus dem Iran zeigt sich in ihrer Anerkennung im Asylverfahren und durch einen bundesweiten Abschiebestopp. Alle wissen, wie es um die Menschenrechtslage im Iran steht, nicht nur für Frauen. Doch der Schutz von Menschen fällt offenbar der derzeitigen manischen Abschiebedebatte zum Opfer", so Alaows weiter.

Trotz willkürlicher Verhaftungen, grausamer Folter in den Gefängnissen und Hinrichtungen werden die Asylanträge von Iraner*innen in Deutschland vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zu einem großen Teil abgelehnt: Im Jahr 2023 lag die bereinigte Gesamtschutzquote von iranischen Asylsuchenden bei 45,6 Prozent. Die Schutzquote sank im ersten Quartal 2024 sogar auf 39,1 Prozent. Aber viele der Menschen, die im Asylverfahren abgelehnt wurden, protestieren in Deutschland gegen das Regime oder leben zum Beispiel eine im Iran verfolgte Religion oder sexuelle Orientierung aus – sind also im Iran extrem gefährdet. Sie leben in ständiger Angst vor der Abschiebung.

Und auch eine Zurückweisung von iranischen Geflüchteten zum Beispiel am Flughafen oder eine Abschiebung in einen vermeintlich sicheren Drittstaat (wie die Türkei) kann zu einer lebensgefährlichen Kettenabschiebung in den Iran führen.

PRO ASYL
www.proasyl.de

Der Widerstand lebt

Der Widerstand lebt aber auch in dem Kiosk-Besitzer, der kostenlose Milch ausgibt an jede Kundschaft, die tanzend in seinen Laden kommt – und der dafür verhaftet wird. Der Widerstand lebt in der Frau, die auf der Straße singt – und dafür verhaftet wird. Der Widerstand lebt in der Studentin, die Parolen an die Wand sprüht – und dafür alles riskiert. Der Widerstand lebt in den Arbeiter*innen, die immer wieder streiken und ihre Arbeit niederlegen – und die dafür Entlassungen und Festnahmen riskieren. Der

Widerstand lebt in den Kurd*innen, die eine ganze Provinz durch Streiks lahmlegen, wenn kurdische politische Gefangene hingerichtet werden – und die dafür ihre Existenz gefährden. Der Widerstand lebt in den politischen Gefangenen, die in den Gefängnissen weiter protestieren – und dafür weitere Haftstrafen riskieren.

Seit Ende Januar treten die Gefangenen dutzender Gefängnisse jeden Dienstag in den Hungerstreik, um gegen die Hinrichtungen zu protestieren. Gehört werden sie von der Welt kaum. Im Evin-Gefängnis traten die Gefangenen des politischen

Frauentrakts mehrfach in Sitz- und Hungerstreiks, um gegen die Hinrichtungen und besonders gegen das Todesurteil ihrer Mitinsassin Pakhshan Azizi zu protestieren. Als Antwort darauf stürmten Sicherheitskräfte den Trakt und griffen die Frauen an. Einige wurden verletzt und mussten behandelt werden. In diesem Frauentrakt und damit unter den angegriffenen Frauen befanden sich unter anderem die Friedensnobelpreisträgerin Narges Mohammadi sowie die deutsche Staatsbürgerin Nahid Taghavi.

Der Fall der deutschen Nahid Taghavi

Nahid Taghavi wurde kürzlich 70 Jahre alt. Sie ist Frauenrechtsaktivistin und setzt sich für die Rechte von Arbeiter*innen ein. Im Oktober 2020 wurde sie von den Revolutionsgarden festgenommen, fast 200 Tage in Isolationshaft Weißen Foltermethoden ausgesetzt und schließlich vor Gericht vom berüchtigten Richter Iman Afshari zu zehn Jahren und acht Monaten Haft verurteilt. Durch die Haft hat sich ihr Gesundheitszustand erheblich verschlechtert: Sie hatte mehrere Bandscheibenvorfälle, Bluthochdruck, Diabetes, Taubheit in den Fingern und vieles mehr. Eine angemessene Behandlung erhält sie nicht – und die Bundesregierung schaut tatenlos zu und unternimmt nichts, um die eigene Staatsbürgerin aus der Geiselhaft zu befreien.

Politikwechsel statt Auslieferungen

Der Ruf nach Freiheit wurde für einen kurzen Zeitraum in der Welt gesehen und gehört. Doch mittlerweile scheint die "Frau Leben Freiheit"-Bewegung in der Bundesregierung zumindest vergessen worden zu sein. Stattdessen wurde der Abschiebestopp nicht verlängert, es gibt wieder Abschiebungen in die Islamische Republik Iran, vor allem aus Bayern. Im Juli 2024 wären fast zwei Kurdinnen, eine 17-jährige Schülerin und ihre 70-jährige Großmutter, nach einem Flughafenverfahren in die Türkei abgeschoben worden, es hätte eine Kettenabschiebung nach Iran gedroht. Die Schülerin hat an den "Frau Leben Freiheit"-Protesten teilgenommen und an ihrer Schule Proteste organisiert.

Der Geheimdienst hatte an ihrer Schule, wie an den meisten Schulen, Mitarbeiterinnen des Geheimdienstes platziert, die protestierende Schülerinnen film-

ten und identifizierten. Sie kam ins Visier und musste flüchten – doch Deutschland wollte sie diesen Tätern wieder ausliefern, eineinhalb Jahre nachdem Politiker*innen große Reden geschwungen haben, sie würden "fest an der Seite der mutigen Menschen Irans" stehen. So viel zum Thema Solidarität der politischen Klasse. Die Abschiebung konnte nur durch den Einsatz der Zivilgesellschaft gestoppt werden, hier ist vor allem die Arbeit von PRO ASYL hervorzuheben.

Statt den Menschen in Iran weiter Steine in den Weg zu legen, braucht es im sogenannten Westen eine echte Wende in der Iran-Politik. Die EU sollte die Revolutionsgarde des Regimes auf die Terrorliste setzen. Es braucht in Europa eine gemeinsame Strategie im Umgang mit der Geiseldiplomatie des Regimes, um die europäischen Staatsbürger*innen, die seit Jahren dort inhaftiert sind, freizubekommen. Die Bundesregierung muss die Handelsbeziehungen zu diesem Regime beenden. Es dürfen keine Gespräche und Verhandlungen mit dem Regime geführt werden, wenn die Einhaltung von Menschenrechten nicht die Bedingung für solche Gespräche sind. Die Auslandsfilialen der Banken der Islamischen Republik Iran in Deutschland müssen geschlossen werden, ebenso wie alle anderen Einrichtungen, die zu diesem Regime gehören. Die Bundesregierung muss endlich anfangen, die Bedrohungen für iranische Oppositionelle durch Agenten des Regimes in Deutschland ernst zu nehmen. Der Verfassungsschutz weiß von mindestens 160 Personen mit Bezug zur Revolutionsgarde in Deutschland und warnt immer wieder vor den Machenschaften des Regimes hierzulande.

Die Menschen im Iran werden siegen. Sie haben keine andere Wahl. Deutschland sollte endlich aufhören, ihnen dabei Steine in den Weg zu legen.

Daniela Sepehri ist Social Media Beraterin & Coach, Journalistin, Sprecherin, Moderatorin und Poetry Slammerin. www.danielasepehri.com/



M. Basel Sakaan: Traurigkeit.